

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Dr. Wilhelmi, Dr. Kanka,  
Dr. Böhm (Frankfurt) und Genossen**

**betr. „gesamtdeutsches Arbeitergespräch“ in Offen-  
bach am 26. Juni 1965**

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Trifft es zu, daß am 26. Juni 1965 in Offenbach ein sogenanntes „gesamtdeutsches Arbeitergespräch“ stattgefunden hat?
2. Trifft es zu, daß es sich bei dieser Veranstaltung nach ihrer Zusammensetzung und nach ihrem Ablauf um eine Aktion der verbotenen kommunistischen Partei Deutschlands oder einer ihrer Ersatzorganisationen gehandelt hat?
3. Trifft es zu, daß trotz der dringenden Hinweise des Bundesministers des Innern an das hessische Innenministerium hinsichtlich des Charakters dieser Veranstaltung das Landesinnenministerium es abgelehnt hat, das sogenannte „gesamtdeutsche Arbeitergespräch“ in Ausführung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 17. August 1956 zu verhindern?
4. Wie beurteilt in diesem Zusammenhang die Bundesregierung den Bericht und die Würdigung der Veranstaltung in Offenbach durch die sowjetzonale kommunistische Zeitung „Neues Deutschland“ vom 27. Juni 1965?

Bonn, den 29. Juni 1965

**Dr. Wilhelmi  
Dr. Kanka  
Dr. Böhm (Frankfurt)  
Arndgen  
Becker (Pirmasens)  
Franzen  
Frau Dr. Kuchtner  
Kühn (Hildesheim)**

**Dr. Luda  
Meis  
Frau Dr. Pannhoff  
Frau Pitz-Savelsberg  
Dr. Preiß  
Schlick  
Dr. Sinn  
Dr. Zimmer**